

Strobl (CDU): „Traumergebnis“ – Drautz (FDP): „Ganz großer Wurf“ – Mergel (SPD): „Keine Jubelorgie“ – Kritik am Verfahren

# ZEAG wird für 310,5 Millionen Mark verkauft

Von Gerd Kempf

Die lange Unsicherheit ist beseitigt. Bei je vier Gegenstimmen und Enthaltungen hat der Heilbronner Gemeinderat gestern beschlossen, die städtischen ZEAG-Aktien für 310,5 Millionen Mark an die EnBW zu verkaufen.

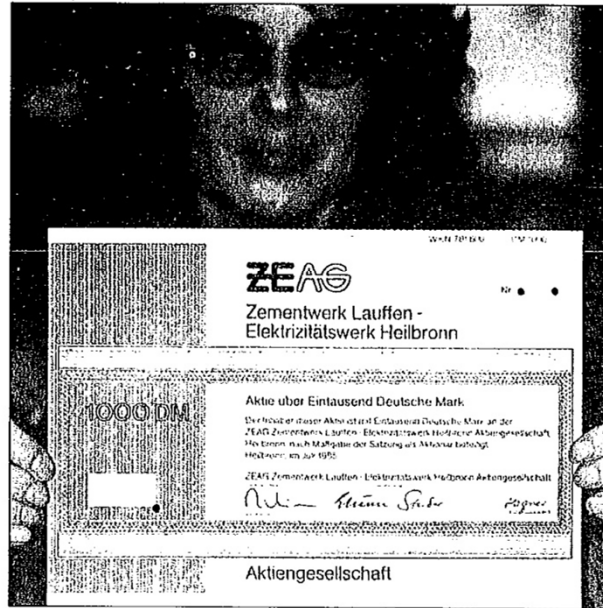
Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach hat bis zuletzt das Geheimnis nicht gelüftet, welche Angebote die anderen Interessenten gemacht hatten, da bei den Verhandlungen Vertraulichkeit vereinbart worden sei. Er beschränkte sich auf die Bemerkung, die EnBW sei mit ihrem Angebot „weit vorne gelegen“. Und verwahrte sich entschieden gegen jeden Verdacht, dass „irgendetwas nicht mit rechten Dingen zugegangen sei“.

Trotz des letztlich klaren Abstimmungsergebnisses war der Heilbronner Gemeinderat in sich gespalten. In höchsten Tönen lobte das bürgerliche Lager die mit der EnBW ausgehandelten Verträge. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Thomas Strobl sprach von einem „Traumergebnis, das sich mehr als sehen lassen kann“, und kritisierte

nur am Rande, dass das Verfahren „nicht ganz glücklich“ gelaufen sei.

Uneingeschränkt bescheinigte der FDP-Fraktionsvorsitzende Richard Drautz der Verwaltung, dass sie „ganze Arbeit geleistet“ habe und ihr „ein ganz großer Wurf gelungen“ sei mit dem „absoluten Wunschpartner EnBW“. Auch Nico Weinmann (FWV) sah im Vertragswerk „eine optimale Lösung“. Mit der Einschränkung: „Bauchschmerzen“ bereite ihm, „dass die Vergleichsmöglichkeiten fehlen“.

Genau diese fehlenden Informationen rückten die anderen Fraktionen in den Vordergrund. „Nur unter dem Stichwort Schadensbegrenzung“, so Harry Mergel, stimme die Mehrheit der SPD-Fraktion zu, nicht alle aber seien zu einem solchen „Vertrauensvorschuss“ bereit. Am ungewöhnlichen Verfahren, das „Raum für Spekulationen“ lasse, sei „etwas schief gelaufen“. Der Verkauf der ZEAG-Aktien sei nur eine von vielen Möglichkeiten, andere Möglichkeiten seien Verbünde oder Kooperationen gewesen. Mergel bedauerte, dass man die Energieversorgung nicht zu „dem zentralen Regionalthema“ gemacht habe.



Der Verkauf der städtischen ZEAG-Aktien ist beschlossene Sache. Erst im Jahre 2002 werden – aus steuerlichen Gründen – die mit der EnBW vereinbarten 310,5 Millionen Mark in die Heilbronner Stadtkasse fließen.

Scharf kritisierte der Rep-Fraktionsvorsitzende Alfred Dagenbach, dass „der Gemeinderat ohne Kenntnis der genauen Umstände einem Verkauf der ZEAG-Aktien zustimmen soll“, und mahnte seine Kollegen: „Wenn der Gemeinderat das mitmacht, kann er künftig gleich zu Hause bleiben“. Bevorzugt hätte er eine örtliche Lösung mit den Stadtwerken oder eine Lösung auf regionaler Ebene. „Ohne Not“ verkaufe die Stadt „einen Teil des Tafelsilbers“. Düster prophezeite Dagenbach: „Irgendwann macht die EnBW, was sie will.“

Für die Grünen beklagte Uwe Ahrens, dass „die Verwaltungsspitze dem Gemeinderat, der die Hauptverantwortung trägt, misstraut“. Man könne es glauben oder auch nicht, dass zwischen der EnBW und den anderen Angeboten „ein himmelsbachweiter Unterschied“ liege. Wegen des Informationsmangels werde er an der Abstimmung nicht teilnehmen. Aus seiner Sicht gibt es keinen Zweifel, dass die Stromtarife der ZEAG langfristig „nach oben angepasst“ würden. Ahrens: „Dafür wette ich 100 Kilowatt Strom.“  
Kommentar „Tafelsilber“

## ZEAG-VERKAUF Kommentar

### Tafelsilber

Es ist töricht, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, die Stadt Heilbronn habe sich mit dem Verkauf der ZEAG-Aktien ohne Not von Teilen ihres Tafelsilbers getrennt. Ohne Not? Mit der Liberalisierung des Energiemarkts sah sich die kleine ZEAG vor eine Situation gestellt, die zum Handeln gezwungen hat. Und ohne die Stadt als Mehrheitseignerin, das ist ein offenes Geheimnis, hätten die ZEAG-Verantwortlichen auch längst gehandelt. Ob dabei allerdings ein besseres Ergebnis erzielt worden wäre, darf bezweifelt werden. Daraus den Schluss zu ziehen, dass der Wert des Tafelsilbers noch gestiegen wäre, wenn man noch länger zugewartet hätte, ist eine verwegene Spekulation.

Noch törichter ist, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt wird, die Stadt Heilbronn habe maßgeblichen Einfluss auf die Strompreise. Mit keinem Unternehmen der Welt hätte sich ein Kaufvertrag aushandeln lassen, der den Stromtarif auf lange Sicht auf dem heute günstigen Stand sichert. Nicht um segensreich zu wirken, hat die ZEAG günstige Tarife. Vielmehr hat sie aus der Angst heraus, Kunden an die Konkurrenz zu verlieren, ihre Preise gesenkt.

Natürlich ist es bedauerlich, wenn Heilbronn seine Anteile an einem Unternehmen abgibt, das der Stadtkasse im Schnitt jährlich fünf Millionen Mark beschert hat. Wo aber steht geschrieben, dass man die erlösten 310 Millionen Mark verpulvern muss? Wer Tafelsilber verkauft, muss deswegen nicht in Spenderhosen auf den Marktplatz gehen. Offensichtlich trauen sich manche im Heilbronner Gemeinderat nicht selber über den Weg, wenn sie jetzt die Befürchtung streuen, die Millionen könnten zwischen den Fingern zerrinnen.

Gerd Kempf